

Nr. 32

Toxische Wissenschaft?

**Zur Verantwortung der Ökonomen für die
gegenwärtige Krise**

Arne Heise

September 2009

ISSN: 1613-7000

Die Arbeitspapiere für STAATSWISSENSCHAFT/ Working Papers on ECONOMIC GOVERNANCE werden in unregelmäßiger Folge von der Professur Finanzwissenschaft/ Public Governance am Fachbereich Sozialökonomie der UNIVERSITÄT HAMBURG ausschließlich in elektronischer Form herausgegeben:

Prof. Dr. Arne Heise
Universität Hamburg
Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
FB Sozialökonomie
Von-Melle-Park 9

D-20146 Hamburg

Tel.: -49 40 42838 2209

e-mail: Arne.Heise@wiso.uni-hamburg.de

Das Verzeichnis aller Arbeitspapiere und anderer Veröffentlichungen/ List of all working papers and other publications:

www.hwp-hamburg.de/fach/fg_vwl/DozentInnen/heise/Materials/heise-downlds.htm

Zitierweise:

Autor (Jahr), Titel, *Arbeitspapiere für Staatswissenschaften* Nr. X, Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg

Citation:

Author (Year), Title, *Working Papers on Economic Governance* No. X, Department of Socioeconomics at Hamburg University

Abstract

The world has experienced the greatest depression since the 1930s. Why was the economics profession so badly prepared for this event? With what responsibilities must the economics profession be burdened and what consequences must an academic discipline face that appears to be so much out of line with reality as the main body of economics nowadays? The paper sheds some light on the reasons of failure, the mechanisms of mis-orientation and some lessons to learn

Zusammenfassung

Die Welt durchlebt die tiefste Depression seit den 1930er Jahren. Wieso war die Wirtschaftswissenschaft so schlecht auf dieses Ereignis vorbereitet? Welche Verantwortung muss der akademischen Profession übernehmen und welche Konsequenzen muss eine wissenschaftliche Disziplin tragen, die scheinbar so weit neben der Realität liegt wie der ökonomische Mainstream gegenwärtig? Der Artikel wirft einige Lichter auf die Gründe des Versagens, die Mechanismen der Fehlorientierung und einige daraus ableitbare Lektionen.

*Unter allen Umständen musste die Unverletzlichkeit
der Wertpapiermärkte geschützt werden.
So, wie Gott nichts Schlechtes tut
und die Jungfrau Maria nicht einmal läßliche Sünden begehen kann,
so durfte unmöglich der Gedanke aufkommen, daß die Börsen zu Fehlern
und Irrtümern imstande seien – nicht die New Yorker Börse,
nicht die amerikanische Börse, nicht einmal die entfernten Börsen
in Tokio und Hong Kong.
Die grundsätzliche Vertrauenswürdigkeit der bedeutendsten
aller kapitalistischen Institutionen durfte
auf keinen Fall in Zweifel gezogen werden.
John Kenneth Galbraith (1990: 108)*

Anfang der 1990er Jahre war ein Poster sehr gefragt, auf dem Marx karikiert wird mit dem Bonmot: „Tut mir leid Jungs! War halt nur so'ne Idee von mir.“ Damit wird auf die Verantwortlichkeit von Karl Marx und die marxistische Ökonomik für den Untergang der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der DDR nach 1989 angespielt. Es wird insinuiert, dass die Marx'sche Kritik der Politischen Ökonomie und, vor allem, die darauf aufbauende sozialistische Ökonomik mit ihrer zentralen Ablehnung der Institutionen ‚Privateigentum‘ und ‚Markt‘ fehlerhaft war und das zeitgeschichtliche Scheitern des realen Sozialismus-Projekts letztlich Marx anzulasten ist.

In diesem Sinne darf man getrost danach fragen, ob die moderne Mainstream-Wirtschaftswissenschaft¹ für die jüngste weltweite Depression der überwiegend privateigentümlich und marktlich organisierten Weltwirtschaft verantwortlich gemacht werden kann und welche Schlüsse aus der Antwort zu ziehen sind. Auf der Suche nach solcher Verantwortung fragte die britische Königin Elisabeth im Herbst 2008 bei einem Besuch der

¹ Dieser Begriff ist natürlich sehr unscharf. Gewöhnlich wird darunter das neoklassische Marktparadigma verstanden, Carlin/Soskice (2006) sprechen vom ‚Benchmark-Modell‘, dessen Kern Joseph Stiglitz (2009: 51) als Marktfundamentalismus folgendermaßen umreißt: „..., der von rationalen Individuen mit rationalen Erwartungen ausgeht, welche auf perfekt funktionierenden Märkten mit profitabel arbeitenden, wettbewerbsfähigen Unternehmen agieren. Dieser Ansicht zufolge reicht es aus, die Märkte ungehindert schalten und walten zu lassen, um ökonomische Effizienz zu erreichen.“ Es ist natürlich auch interessant, wie sich ein ‚Mainstream‘ herausbildet (vgl. dazu u. a. Priddat 2006) und weshalb dies gegenwärtig gerade ein so marktfundamentaler Mainstream ist (vgl. dazu Crockett 1994) – doch ist dies nicht meine Fragestellung.

London School of Economics (LSE), weshalb die versammelte wirtschaftswissenschaftliche Expertenschar die Krise nicht hat kommen sehen. Verantwortlich zumindest für eine Antwort auf dieses königliche Auskunftsbegehren empfanden sich die Ökonomen der British Academy, die in einem Schreiben an die Queen vom 22. Juli 2009 untertänigst darauf verwiesen, dass es wohl Warnungen verschiedener Individuen und Institutionen gegeben habe, gleichwohl niemand den zeitlichen Eintritt und die Stärke der Krise vorhersagen konnte und letztlich das zunehmend fragmentierte Wissen verhinderte, dass die Systemrisiken einigermaßen korrekt eingeschätzt werden konnten. Wenn hier auch Risiken der Finanzmärkte gemeint waren und somit die Verantwortung an die Praktiker – also Banker, Finanzinvestoren, Politiker als Regulatoren etc. – weitergegeben wurde, könnte man dies immerhin als Eingeständnis ansehen, dass sich die Wirtschaftswissenschaft als Disziplin in der Vergangenheit zu wenig mit den Risiken des Systems befasst hat.

Bevor wir näher beleuchten können, ob sich daraus eine Mitverantwortung der Wirtschaftswissenschaftler für die Depression begründen lässt, wollen wir zunächst das Verhältnis von Verantwortung und Wissenschaft besser ergründen.

A. Verantwortung und Wissenschaft

Mit Verantwortung wird die Zurechnung einer bestimmten, freiwilligen Handlungsweise zu erfassbaren Folgen für den Handelnden und Dritte unter bestimmten Rahmenbedingungen bezeichnet (vgl. Lohmann 1997). Entscheidend sind die Freiwilligkeit der Handlungsweise, die Wahlmöglichkeiten voraussetzt, die Bestimmbarkeit der Folgen und die Akzeptanz gewisser Rahmenbedingungen. Verantwortung kann als rechtliche oder moralische Haftung verstanden werden – je nachdem, ob materielle oder immaterielle Sanktionen damit verbunden werden. Für die Wissenschaft, egal ob es um die Bio-, Atomwissenschaft oder Wirtschaftswissenschaft geht, scheint nur die moralische Verantwortlichkeit akzeptabel, denn des Wissenschaftlers zu bewertende Handlungen liegen in der Schaffung von Erkenntnissen und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen – die eigentlich Handelnden sind dann Andere (Politiker, Unternehmer, kollektive Akteure). Bei den erfassbaren Folgen muss wiederum zwischen intendierten und unbeabsichtigten Folgen unterschieden werden – unbeabsichtigte Folgen können aber die (moralische) Verantwortung allenfalls dann schmälern, wenn sie keinesfalls zu erkennen oder befürchten gewesen waren. Ansonsten muss Fahrlässigkeit unterstellt werden. Schließlich müssen noch die Rahmenbedingungen

angesprochen werden. Selbstverständlich handeln Menschen immer unter rechtlichen, kulturellen und institutionellen Rahmenbedingungen, die die objektiv vorhandenen Wahlmöglichkeiten subjektiv einschränken – für Wissenschaftler sind dies die ‚Spielregeln‘ der Scientific Community: Akzeptanz einer mehr oder weniger (je nach Disziplin) fest vorgegebener Paradigmatik und Methodik (Mainstream oder ‚Normalwissenschaft‘) als Karrierevoraussetzung und Legitimations- und Reputationsbasis² – Paul Feyerabends ‚anything goes‘ (vgl. Feyerabend 1986) gilt gerade in der Wirtschaftswissenschaft längst nicht mehr. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten eine ‚Normalwissenschaft‘ herausgebildet und immer weiter verfestigt (vgl. Frey/Humbert/Schneider 2007), die zunehmend kleinteilig und auf formal möglichst ausdifferenzierter Ebene einem deterministischen Paradigma rational handelnder Akteure und effizienter Märkte frönt (vgl. u.a. Lawson 2009). Zu den Rahmenbedingungen, unter denen Wirtschaftswissenschaftler handeln – d.h. forschen und wirtschaftspolitischen Rat aussprechen – gehört damit einerseits ein weitgehender Mangel an pluraler Theorie- und Methodenausbildung in ihrer Formationsphase, andererseits ein institutionelles Anreizsystem (Zugang zu Drittmitteln und ‚reputierlichen‘ Zeitschriften, Listenfähigkeit bei Berufungen und Verdienstchancen und Mittelzuweisungen im Rahmen von Exzellenzinitiativen und leistungsorientierter Vergütungssysteme), dass Wissenschaft jenseits des marktoptimistischen – und in diesem Sinne ‚unkritischen‘ und Risiken klein denkenden – Mainstreams nahezu unmöglich macht. Mit Pierre Bourdieu (2005) könnte man von einem Bestand an ‚kulturellem Kapital‘ sprechen. Natürlich kann dieser Umstand einer Profession, die ideologiefrei nach Erkenntnissen zu streben hat, die Verantwortlichkeit nicht abnehmen, muss aber bei der Suche nach Konsequenzen bedacht werden.

B. Was ist geschehen – Erklärungsversuche der Wirtschaftskrise

Vor der Klärung der Frage nach der (Mit-)Verantwortung, soll zunächst versucht werden, die gegenwärtige Krise zu erklären. Institutionelle Vertreter der Mainstream-Ökonomie wie z.B. die Mehrheitsposition des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR 2008) erzählen gewöhnlich die Geschichte von den Bankern, die vor allem auf dem amerikanischen Immobilienkreditmarkt jede notwendige Vorsicht bei der Kreditvergabe insbesondere an wenig potente Schuldner (das so genannte

² Frey (2003) beschreibt den Vorgang der Anpassung an diese Rahmenbedingungen mit Blick auf akademisches Publizieren als ‚Prostitution‘.

Subprime-Segment) haben fahren lassen, weil sie durch späteren Verkauf dieser Schuldtitel in undurchsichtigen Kreditpakten (Verbriefung oder Securitization) ihren Teil der Verantwortung bei Kreditgeschäften umgehen konnten. Durch dubiose Zertifizierung dieser Kreditpakete durch von den Banken bezahlte Rating-Agenturen entstanden Risiken, deren Marktbewertung völlig ungenügend war. Diese später als ‚toxische Papiere‘ benannten Kreditpakete wurden durch die globalen Finanzmärkte schnell weltweit verteilt und vor allem durch kaum regulierte Finanzintermediäre (Special Investment Vehicles und Conduits) aufgekauft, die immer mehr das klassische Bankengeschäft der Fristentransformation – allerdings ungehindert von der Bankenregulierung – betrieben.³ Solange die Immobilienpreise stiegen, ging dieses Geschäftsmodell gut, weil die unvermeidlichen Insolvenzen einzelner Schuldner durch den Verkauf der im Wert steigenden Immobilien abgesichert werden konnte. Erst der massive US-Immobilienpreisverfall ab 2007 führte dazu, dass Subprime-Kreditpakete tatsächlich toxisch wurden und eine Kettenreaktion auslösten: Viele ‚Schattenbanken‘ gerieten zunächst in Illiquidität (kurzfristige Refinanzierung wurde drastisch teurer oder unmöglich), später in Insolvenz. Die kurzfristige Refinanzierung dieser Schattenbanken erfolgte umfangreich durch Kreditvergabe von ‚normalen‘ Geschäftsbanken, die nun ihrerseits hohe Wertberichtigungen vornehmen, durch den Eigenkapitalverlust ihre Kreditvergabe einschränken mussten (De-Leverage) und, nach dem Zusammenbruch der Investment-Bank Lehman Brothers, die Interbanken-Kreditvergabe aufgrund des entstandenen Vertrauensverlustes fast vollständig einstellten. Ohne das entschlossene Eingreifen der Zentralbanken weltweit und insbesondere der US-Fed, die nicht nur die Refinanzierungskosten drastisch senkten, sondern auch die Liquidität der Banken nach dem Zusammenbruch der für das Finanzsystem lebensnotwendigen Interbanken-Kreditvergabe sicherten, wäre ein totaler Kollaps des internationalen Finanzsystems wohl kaum zu vermeiden gewesen. Doch auch das beherzte Eingreifen der Zentralbanken und die staatlichen Stabilisierungsprogramme und ‚Rettungsschirme‘ konnten nicht verhindern, dass der Vertrauensschwund, der breite Vermögenspreisverfall und die Kreditklemme auf die

³ Mit der Bankenregulierung von Basel I und Basel II war die Kreditvergabemöglichkeit der Banken an ihre Risikostruktur gebunden und eingeschränkt worden. Das Bundesfinanzministerium half aktiv mit, diese Regulierungen aufzuweichen: „Seit Veröffentlichung des BMF-Gutachtens im Herbst 2003 sind dem deutschen Mittelstand etwa 40 Milliarden Euro Finanzierungsmittel über den ABS(Asset Backed Securities; A.H.)-Markt zugeflossen, der größte Teil davon über die Verbriefung von Bankkrediten an den Mittelstand. Damit hat der Verbriefungsmarkt einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, dass die deutschen Banken trotz der Veränderung ihrer eigenen Refinanzierungsbedingungen durch Basel II und Wegfall staatlicher Garantien ihr Kreditgeschäft mit dem deutschen Mittelstand aufrechterhalten, ja 2006 sogar ausweiten konnten und es zu der noch 2003 allgemein unterstellten Kreditklemme für den deutschen Mittelstand nicht gekommen ist“ (Asmussen 2006: 11).

Realwirtschaften durch den Ausfall an Konsum- und Investitionsnachfrage durchschlugen.

Neben dieser spezifischen Erklärung der jüngsten Depression fehlt es dann allerdings an einer grundsätzlicheren Einschätzung der systemimmanenten Faktoren der Instabilität des Kapitalismus. Zwar wird ein Marktversagen attestiert, das sich in einer völlig fehlerhaften Risikoeinschätzung zeigt, doch gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass die Finanzmärkte zu den höchstregulierten Märkten gehören – das Marktversagen, das sich in einem ‚moral hazard‘-Verhalten entscheidender Akteure bei asymmetrischen Informationen zeigt, wird also zumindest durch ein Staatsversagen unterstützt: Fehlerhafte Rahmensetzung und, darüber hinaus, Unterstützung der zugrundeliegenden Immobilienpreisblase durch eine als allzu expansive dargestellte Geldpolitik der US-Fed.⁴

Die kritische Ökonomik⁵, die durch den Mainstream zunehmend an den Rand der wissenschaftlichen Landschaft⁶, aber auch der öffentlichen Aufmerksamkeit gedrängt wurde, hat nie aufgehört, die systemimmanente Instabilität des Kapitalismus jenseits der Markteuphorie zu beschreiben: In den 1970er und 1980er Jahren war es vor allem der heute auch vom Mainstream entdeckte Hyman Minsky (1986), der mit seiner ‚Financial Instability Hypothesis‘ die prozyklische Wirkung des in der gegenwärtigen Krise so fatal wirkenden ‚Leverage-Effektes‘ beschrieben hat, in den 1980er und 1990er Jahren waren es vor allem die Fundamentalkeynesianer, die anknüpfend an Susan Stranges Diagnose vom Kasino-Kapitalismus (vgl. Strange 1997), Keynes‘ einigermaßen skeptische Langfristprognose des Kapitalismus ausarbeiteten (vgl. Keynes 1980). So wies Heise bereits 1993 in einem Beitrag für eine Marx-Keynes-Konferenz des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) darauf hin (vgl. Heise 1994), dass es eine Entwicklungsdynamik privateigentümlicher Ökonomien in Richtung eines am kurzfristigen Gewinn orientierten, hochspekulativen und

⁴ Zur Kritik daran vgl. Dullien (2009).

⁵ Hiermit meine ich nicht in erster Linie jene Wissenschaftler, die innerhalb des Mainstream-Paradigmas durch stärkere Betonung realitätsnäherer Annahmen wie wettbewerbsbeschränkte Märkte oder asymmetrische Informationen zu einer kritischeren Haltung gegenüber der Stabilitätseigenschaft des Marktes kommen (sie bezeichnen sich häufig selbst als Neukeynesianer; vgl. Krugman 2009), sondern jene kleine Gruppe von Postkeynesianern und Neomarxisten, die ein grundsätzlich anderes Paradigma vertreten (vgl. Davidson 2009).

⁶ Robert Lucas (1980: 19), einer der exponiertesten Vertreter der marktradikalen ‚Rationalen-Erwartungs-Schule‘ schrieb: „One cannot find good, under-forty economists who identify themselves or their work as ‚Keynesian‘. Indeed, people even take offense if referred to as ‚Keynesians‘. At research seminars, people don’t take Keynesian theorizing seriously anymore; the audience starts to whisper and giggle to one another.“

volatilen (also instabilen) Finanzkapitalismus gibt, wenn die Realinvestitionen nicht durch eine gleichere Einkommensverteilung, durch eine koordinierte und aktive Geld- und Finanzpolitik und durch einen eher rigideren, denn flexibleren Regulierungsrahmen (inkl. eines wiederbelebten Korporatismus) gestärkt würde.⁷

C. Wäre die Krise zu vermeiden gewesen – toxische Wissenschaft für die Krise?

Tatsächlich haben wir das genaue Gegenteil erlebt: Unkooperative Geld- und Finanzpolitik schufen weltweit den makroökonomischen Rahmen für eine – im historischen Vergleich – stagnative Realwirtschaftsentwicklung, bei gleichzeitigem Anstieg der Arbeitslosigkeit, nachfolgender Umverteilung der Einkommen von Unten nach Oben, Privatisierung sozialer Risiken und der immensen Finanzialisierung von Eigen- und Fremdkapital (vgl. Windolf 2009). Obwohl damit, nach Auffassung kritischer Ökonomen, die Grundlagen für eine stabile ökonomische Entwicklung immer mehr schwanden und tatsächlich dem ‚Kasino-Kapitalismus‘ Tür und Tor öffneten, rückte in der Mainstream-Wissenschaft und der davon dominierten Politikberatung und journalistischen Themenrahmung (dem Agenda-Setting) die angeblich allokativer Optimierung möglichst freier Märkte – gleichermaßen Arbeits-, Güter und Finanzmärkte – immer mehr in den Mittelpunkt der Überlegungen und verdrängte damit die Betrachtung der Stabilität des Systems und die Bedeutung der individuellen Einkommens- und Vermögensverteilung und der Grenzziehung zwischen Privat- und Kollektiv- oder Gemeineigentum für die Stabilisierung der Ökonomie. Bezeichnenderweise werden in der Mainstream-Ökonomie fast ausschließlich ‚exogene Schocks‘ betrachtet, die das System treffen und durch möglichst flexible Märkte möglichst schnell verarbeitet werden müssen.

Die Konzentration des Augenmerks auf allokativer Optimierung statt der systematischen Stabilitätsrisiken zeigte sich insbesondere darin, dass einerseits die Regulierungsrahmen gerade auch der Finanzmärkte – häufig mit dem Argument eines etwaigen Standortnachteiles im globalen Kapitalismus – de- oder zumindest vor dem Hintergrund einer Flut von Finanzmarktinnovationen nicht re-reguliert wurden: Auf EU-Ebene zielte der von der

⁷ Erst in den letzten Jahren wurde unter dem Stichwort ‚Finanzkapitalismus‘ von kritischen Ökonomen verstärkt danach gefragt, was die Strukturverschiebung von der Real- zur Finanzinvestition für die Stabilität und die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus bedeutet: vgl. u.a. Schulmeister (2004), Windolf (2005), Arestis/Sawyer (2006), Bischoff (2006).

britischen Regierung initiierte, kaum bekannte ‚Cardiff-Prozess‘ dahin, zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen die Dienstleistungs- und Finanzmärkte zu deregulieren (vgl. z.B. Foden/Magnusson 2002). Auch die Bundesregierung hat die Entwicklung von Finanzinnovationen nachdrücklich gefördert (weil man einen Entwicklungsrückstand gegenüber den angelsächsischen Ländern befürchtete) und z.B. durch Gewerbe- und Umsatzsteueränderungen die Bedingungen für den ‚Verbriefungsmarkt‘ geschaffen. So konnte noch 2006 ein Ministerialdirektor des Bundesfinanzministeriums frohlocken: „Die staatseigene KfW, über die das BMF die Aufsicht führt, hat mit den Promise- und Provide-Programmen zur synthetischen Verbriefung seit 2000 in Zusammenarbeit mit den Banken das wohl größte Verbriefungsprogramm (...) in Europa geschaffen. Neben der unmittelbaren Wirkung jeder einzelnen Verbriefung auf eine erhöhte Kreditvergabe wurde damit ein Markt geschaffen, der heute die Basis für die Verbriefung sowohl in Form eines tatsächlichen Verkaufs von Forderungen (True Sale) als auch von ‚anspruchsvolleren‘ Krediten (zum Beispiel Genussrechte von Mittelständlern) bildet (Asmussen 2006: 10). Und obwohl die damit verbundene Gefahr von Marktfehlern auf extrem informationsbeschränkten Kapital- und Finanzmärkten – insbesondere nach einer Reihe von regionalen Finanzkrisen in den 1990er Jahren – durchaus bekannt war, war doch die Argumentation des Sachverständigenrats exemplarisch: „Der Sachverständigenrat unterstützt die Bemühungen um ein Regelwerk, das unter Beibehaltung des freien Kapitalverkehrs die Stabilität des internationalen Finanzsystems (...) gewährleistet. Die vielfältigen Diskussionen haben klargemacht, dass eine völlig neue Finanzordnung nicht gebraucht wird *und dass ein Übermaß an Regulierung mehr Nachteile als Vorteile hätte*“ (SVR 1999: 37; Kursivsetzung A.H.). Im Zweifel überwog also das Vertrauen in die Stabilität der Marktabläufe.⁸ Andererseits wurde die Fähigkeit zur Stabilisierung des Marktgeschehens durch eine interventionistische, landläufig als ‚keynesianisch‘ bezeichneten Makropolitik in Abrede gestellt: Langfristig wird die Finanz- und Geldpolitik als unwirksam angesehen (monetäre Neutralität und das so genannte Ricardo-Barro-Äquivalenztheorem), kurzfristig können zwar Informationsdefizite für wirkungsvolle Eingriffe genutzt werden, aber einerseits bestehe immer die Gefahr, dass diese Eingriffe aufgrund von Wirkungsverzögerungen gar prozyklisch wirken, andererseits hat der ‚Vater der Rationalen-Erwartungs-Makroökonomik‘ – Robert Lucas (2003) – darzulegen versucht, dass die Wohlfahrtsgewinne einer effektiven

⁸ Mitverantwortlich für dieses Stabilitätsvertrauen war sicher auch die ‚efficient market hypothesis‘ (EMH) von Eugene Fama (1970), die zwar nur die effiziente Verwendung von Informationen beschreibt. Unter der Annahme stochastischer Entwicklungen impliziert dies aber eine allenfalls zufällige Abweichung der Finanzmarktpreise von ihren Fundamentalwerten (also Knappheitspreise und deren Eintrittswahrscheinlichkeit bei der Betrachtung künftiger Entwicklungen).

Stabilisierungspolitik zu gering seien, um die zu erwartenden Allokationsprobleme zu rechtfertigen.⁹ Mithin sei das Beste, was Makropolitik tun könne, eine an Preisstabilität und Haushaltskonsolidierung orientierte ‚Non-Intervention‘ – übrigens genau jene Empfehlung, die auch der SVR immer wieder gibt: „Die Finanzmarkturbulenzen der letzten Jahre haben eine intensive Diskussion um die Reform der internationalen Finanzarchitektur in Gang gesetzt. Das Ziel ist, in einer Welt globalisierter Kapitalmärkte Systemrisiken zu mindern. (...) Den Schlüssel für die Stabilität der internationale Finanzordnung – darüber herrscht Einvernehmen – liegt bei den einzelnen Staaten selbst; sie müssen bei den Marktteilnehmern positive Erwartungen in Bezug auf Konsistenz und Verlässlichkeit ihrer Wirtschaftspolitik erzeugen“ (SVR 1999: 35).

Vor dem Hintergrund dieses ‚einvernehmlichen‘ Wissensbestandes der Mainstream-Ökonomik ist die Frage, ob die Krise hätte vermieden oder gemildert werden können, zu beantworten: Gelegentlich wird so getan, als wenn die Mainstream-Ökonomik Krisen größeren Ausmaßes aufgrund ihres Marktvertrauens grundsätzlich nicht erklären könnte¹⁰ und damit allein die jüngste Depression die Mainstream-Ökonomik endlich delegitimiert hätte. Unter diesen Umständen wäre dann wohl deren Verantwortlichkeit zurückzuweisen – ‚Sie wussten es nicht besser‘ -, allerdings auch ihr Expertenstatus abzuerkennen. Ähnlich wie die meisten marxistischen Wissenschaftler an den Universitäten der DDR nach der Wende in der Bundesrepublik nach der Evaluierung durch Kommissionen, in denen mehrheitlich westdeutsche Mainstream-Kollegen saßen, ihre Professuren verloren, müssten dann auch die Mainstream-Ökonomen (selbstverständlich erst nach einer Evaluierung durch ‚kritische Ökonomen‘) ihre Degradierung fürchten. Aber ganz so einfach liegen die Dinge nicht. Mit den Konstrukten des Markt-, und – zumeist sofort nachgeliefert – Staatsversagens werden reale Krisenentwicklungen ins anscheinend so stabile Marktgeschehen zurückgeholt. Und unter der damit zugestandenen Existenz von Informationsasymmetrien impliziert die gegenwärtige Krise auch keineswegs die Delegitimierung der rational handelnden Akteure auf effizienten Märkten als sinnvolle Konstrukte für einen Versuch der Erkenntnis generierenden Komplexitätsreduktion. Und ob das Timing und die Tiefe der Krise in einer

⁹ Allerdings hat dieser Versuch eine kritische Erwiderung selbst von Mainstream-Ökonomen erhalten, vgl. Yellen/Akerlof (2006).

¹⁰ So schreibt beispielsweise Ulrich Busch (2009: 25): „Die gewohnten Erklärungsmuster und Interpretationsschemata greifen nicht. Eine Krise dieses Ausmaßes kommt in den Lehrbüchern der Orthodoxie nicht vor. Ja, streng genommen hätte es sie nach den Regeln der neoklassischen und neomonetaristischen Theorie gar nicht geben dürfen.“

Weise hätten prognostiziert werden können, dass die Wirtschaftspolitik frühzeitig darauf hätte reagieren können, droht zu sehr in rechthaberisches Geplänkel auszuarten, als dass wir diesen Überlegungen ernsthaft folgen wollen.

Wenn wir der Mainstream-Ökonomik tatsächlich eine (Mit-)Verantwortung an der krisenhaften Entwicklung geben können, dann vor allem, weil sie – quasi als Initiationsritus – von den Mitgliedern der epistemischen Gemeinschaft ein in den Annahmen des Paradigmas angelegtes Bekenntnis zur Selbststabilisierung (allgemeines Gleichgewicht und dessen Zentrifugalkraft) der marktlich organisierten Interaktion und eine entsprechende Skepsis gegenüber wirtschaftspolitischer Intervention abverlangt, die einerseits das Interesse – in Forschung wie Politikberatung – an der Allokationsfähigkeit der Märkte deutlich über- und an der Stabilisierungsnotwendigkeit deutlich unterbelichtet.¹¹ Wenn gleichzeitig der Einfluss von ökonomischen Interessen in der Mainstream-Ökonomik heute fast vollständig ausgeblendet wird, muss die systematische Unter- oder Fehlregulierung – nicht nur, aber auch der Finanzmärkte – unentdeckt bleiben¹² und die am ‚Marktideal‘ ausgerichtete wirtschaftspolitische Empfehlung wenigstens mit Vorsicht betrachtet, wenn nicht gar als unbrauchbar abgelehnt werden. Und wenn die Mainstream-Ökonomik nicht rechtzeitig vor der Krise warnte, dann eben nicht, weil sich Zeitpunkt und Ausschlag der konjunkturellen Entwicklung nur schwer vorhersagen lassen, sondern weil eine derartige Krise einfach nicht auf der (Forschungs-)Agenda des Mainstreams stand.

Noch deutlicher und unmittelbarer aber ist die (Mit-)Verantwortung der Mainstream-Ökonomik dort, wo ihre Forschungen die Marktentwicklungen erst ermöglicht haben. Entgegen mancher Vorstellung existiert auch in der Wirtschaftswissenschaft eine Reflexivität zwischen Untersuchenden und Untersuchungsgegenstand (vgl. MacKenzie 2004): So ist die Flut von Finanzmarktinnovationen, die allesamt dem Risikomanagement dienen und die

¹¹ Beispielsweise findet sich im Sonderforschungsbereich ‚Ökonomisches Risiko‘, das die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit Millionenaufwand an der Humboldt-Universität zu Berlin finanziert kein einziges Projekt, das sich mit Stabilitätsrisiken beschäftigt, dafür aber zahlreiche Projekte, die sich mit Allokationsrisiken und der betrieblichen Risikoabsicherung und der optimalen Verteilung von Risiken – selbstverständlich immer auf Grundlage des Mainstream-Modells – befassen. Obwohl ‚Risiko‘ und ‚Unsicherheit‘ zentrale Begriffe der (post-)keynesianischen Theorie sind, wird dieses Paradigma vollständig negiert oder auch kein systematischer Theorievergleich z.B. unter der Thematik ‚Risikoeffekte eines falschen Paradigmas‘ angestellt.

¹² Ganz in diesem Sinne fahnden die Projekte des oben angesprochenen DFG-SFB unter ‚Risiken der Regulierung‘ in erster Linie nach Risiken der Über- oder Fehl-, nicht nach Risiken der Unterregulierung.

Allokation der Ersparnisse in die möglichst beste investive Verwendung ermöglichen sollen (Silber 1983: 94), undenkbar ohne die Arbeiten von Black, Scholes und Merton¹³ und dem nach ihnen benannten Modell zur Bewertung von Derivaten und anderen Finanzprodukten (vgl. Arnoldi 2009: 35ff.). Erst mit der durch das Black-Scholes(-Merton)-Modell ermöglichte Risikobewertung ist also jener Markt, zumindest in der heute existenten Form, entstanden, den die Finanzwirtschaftslehre erforscht. Grundlage des Black-Scholes(-Merton)-Modells ist eine stochastische Version des deterministischen Mainstream-Modells, wonach zukünftige Marktentwicklungen stochastische Entwicklungen um prognostizierbare Pfade (‚Fundamentals‘) beschreiben und mithin kalkulierbare Risiken darstellen. Der Mythos von der Versicherbarkeit der Geschäftsrisiken in Verbindung mit der Spekulationsbereitschaft vieler Marktteilnehmer ‚to beat the market‘, hat erst das Volumen an Finanzmarkttransaktionen, das sich in den letzten 30 Jahren vervielfacht hat (vgl. Tavakoli 2001; Tavakoli 2003), ermöglicht. Spätestens in der Krise zeigte sich aber, dass Marktentwicklungen – vor allem weil sie durch menschliches Verhalten erst geschaffen und nicht lediglich durch Prognosetechniken antizipiert und kalkuliert werden – keinem stochastischem Risiko, sondern fundamentaler Unsicherheit unterliegen. Diese seit Keynes und Knight bekannte Unterscheidung¹⁴ – kalkulierbares Risiko einerseits und unkalkulierbare Unsicherheit andererseits – wird vom Mainstream-Paradigma beständig ignoriert.¹⁵ Janet Tavakoli (2001: 2) „points out the limitations of trying to apply mathematical models to define unknowable unknowns. Using current market models to pricing derivatives is a bit like trying to apply Euclidean geometry to describe the shapes found in nature. The formulas and curves look neat, regular, and well defined. Unfortunately nature just doesn't look that way. ... Similarly, we haven't been able to make market observations fit under the neat little probability curves on which financial professionals often rely.“ Die Konsequenzen dieses Irrtums sind gewaltig: Die Wirtschaftswissenschaft mutiert immer mehr zu einer Form angewandter Mathematik im Versuch, die deterministischen Strukturen des Gleichgewichtsparadigmas zu modellieren, die wirtschaftspolitischen Empfehlungen raten zu weitgehender Inaktivität und überlassen stochastische Abweichungen vom Gleichgewichtspfad lieber als flexibel angemahnten Wirtschaftssubjekten und die

¹³ Myron S. Scholes und Robert C. Merton erhielten für ihre Arbeiten den Nobel-Preis für Ökonomie (Fischer Black war zum Zeitpunkt der Preisvergabe bereits verstorben)!

¹⁴ Vgl. Keynes (1936) und Knight (1921).

¹⁵ In einem Lehrbuch zur Finanzwirtschaft wird zwar auf die Unterscheidung von Risiko und Unsicherheit hingewiesen, dann aber behauptet: „Bei finanzwirtschaftlichen Fragestellungen haben wir es in aller Regel mit Entscheidungen unter *Risiko* zu tun“ (Schredelseker 2002: 202; Kursivsetzung im Original). In der Folge der Darstellung wird dann aus ‚in der Regel‘ ein ‚immer‘.

Wirtschaftssubjekte vertrauen auf eine Kalkulierbarkeit des Systemrisikos, die schlicht nicht gegeben ist. Die möglichen Folgen zeigt die jüngste Krise in aller Schonungslosigkeit – in diesem Sinne kann man von einer ‚toxischen Wissenschaft‘ sprechen.¹⁶

D. Konsequenzen der Verantwortlichkeit

Es besteht große Einigkeit darüber, dass die internationalen Finanzmärkte effizienter zu regulieren sind, um insbesondere die Informationsasymmetrien zu beseitigen und ‚Moral Hazard‘-Verhalten weniger wahrscheinlich zu machen. Bei den konkreten Maßnahmen – von der Schaffung einer weitgehend wirkungslosen internationalen Finanzaufsicht bis zur weitgehenden ‚Trockenlegung des Kasinos‘ – scheiden sich bereits die Geister. Die fast 400-jährige Geschichte von Finanzkrisen in ‚kapitalistischen‘ Ökonomien (vgl. Kindleberger/Aliber 2005) legt allerdings die Vermutung nahe, dass die beste Regulierung krisenhafte Entwicklungen der Finanzmärkte angesichts der fundamentalen Unsicherheit zukünftiger Entwicklungen und der sich daraus ergebenden Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte, die eben nicht rationale Optimierer sein können, nicht verhindern kann. Und die ersten Nach-Krise-Erfahrungen mit Regulierungsversuchen in der G-20-Welt lassen vermuten, dass eine optimale Regulierung ohnehin an schlichten ökonomischen Interessen scheitern würde.

Nach dem was hier dargelegt wurde, kann es aber nicht nur darum gehen, die richtigen wirtschaftspolitischen Antworten auf die krisenhafte Entwicklung zu finden, es müssen auch Konsequenzen aus der Verantwortlichkeit einer ‚toxischen Wissenschaft‘ gezogen werden:

1. Wissenschaft vermag immer nur Vermutungswissen zu schaffen. Zumindest für den Großteil der Wirtschaftswissenschaftler sollte man unterstellen, dass sie dem Mainstream aus der Überzeugung anhängen, hiermit das beste zur Verfügung stehende Erklärungsmodell zur Hand zu haben.¹⁷ In diesem Sinne wäre die Verantwortlichkeit für die Depression allenfalls als nicht-intendierte Nebenfolge zu bewerten. Da aber andere Erklärungsmodelle zur Verfügung gestanden hätten, wenn nur die Bereitschaft größer gewesen wäre, über den

¹⁶ Edward Fullbrook (2009) spricht von ‚toxic textbooks‘ als Grundlage der Formation von Generationen von Studenten, die offenbar den ‚einernehmlichen Wissensbestand‘ einer ‚toxic science‘ weitergeben.

¹⁷ Oliver Blanchard (2008: 2) etwa schrieb in einer Zusammenfassung des Zustandes der makroökonomischen Forschung – gerade auch mit Blick auf den ‚Mainstream-Konsens‘: „The state of macro is good“.

eigenen paradigmatischen Tellerrand hinaus zu schauen, muss immerhin Fahrlässigkeit angenommen werden.

2. Vor dem Hintergrund, dass der Mainstream geradezu zu ‚kulturellem Kapital‘ geworden ist, sollte nicht nach individueller, sondern eher kollektiver Verantwortlichkeit gesucht werden.
3. Wenn man abgewickelter marxistischer Ökonom aus der ehemaligen DDR wäre, würde einem jetzt wahrscheinlich trotzdem in den Sinn kommen, die wirtschaftswissenschaftlichen Lehrstühle in Deutschland einer Evaluierung zu unterziehen und, bei allzu unreflektierter Apologetik des Mainstreams auf ‚Abwicklung‘ plädieren – wie in der DDR könnte dies insbesondere manchen besonders exponierten Vertreter treffen. Allerdings genügt ein bisschen Nachdenken, dass diese Art der ‚Vergeltungs-Sanktion‘ nicht angemessen wäre, denn in nicht-experimentellen Wissenschaften können realhistorische Entwicklungen Wissenschaftsparadigmen nicht einfach als ‚falsch‘ diskreditieren (falsifizieren), sondern allenfalls der Auslöser („trigger“) für einen paradigmatischen Wandel sein. So, wie wahrscheinlich die meisten marxistischen Ökonomen auch nach 1989 weiterhin von der Richtigkeit ihrer Realitätsinterpretation überzeugt waren und mithin ihre Abwicklung als ideologischen Affekt empfanden, so kann heute nicht ausgeschlossen werden, dass das neoklassische Mainstream-Paradigma – trotz gegenwärtigem Glaubwürdigkeitsverlust und vielleicht auch nur in einer kritischeren Variante – dennoch die beste Komplexitätsreduktion ist, die uns zur Verfügung steht. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit mindestens ebenso groß, dass ein alternatives Paradigma, das fundamentale Unsicherheit als Handlungsumfeld der Akteure und entsprechende Marktinstabilitäten des Systems herausstellt (vgl. Davidson 2009), bessere Entwicklungsprognosen des Kapitalismus bietet und als Grundlage für wirtschaftspolitische Eingriffe besser geeignet ist.

Wissenschaft muss frei sein – dazu gehört auch die Freiheit, falsch zu liegen. Allerdings verlangt die Verantwortung dann wenigstens, diese Fehlerhaftigkeit einzugestehen und jenseits ideologischer Scheuklappen nach den Fehlerquellen zu forschen und, im Zweifelsfalls, sein Paradigma überbord zu werfen.¹⁸ Dieser individuellen Verantwortung muss aber auch eine kollektive Verantwortung folgen: Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, dass das ‚kulturelle Kapital‘ des Neoliberalismus zumindest soweit entwertet wird, dass Wissenschaftler nicht länger zwischen der Suche nach Erkenntnissen

¹⁸ Ob dies allerdings ohne Einbuße an Glaubwürdigkeit geht, muss bezweifelt werden. Wie jedenfalls Hans-Werner Sinn vom Deregulierungs-Fanatiker seines ‚Ist Deutschland noch zu retten?‘ (Sinn 2005), wo Finanzmärkte als Instabilitätspotential überhaupt nicht thematisiert werden, sondern nur Allokationsschwächen auf Arbeits- und Gütermärkten ausgemacht werden, zum Regulierungs-Apostel in seinem ‚Kasino-Kapitalismus‘ (Sinn 2009) wird, bleibt wohl sein Geheimnis. Genau dieser mögliche Gesichts- und Orientierungsverlust mag aber manchen Wissenschaftler davon abhalten, sich ernsthaft seiner Verantwortung zu stellen.

(auf der Grundlage eigener Ideen und einer konsistenten theoretischen Grundlage) und ihrer wissenschaftlichen Karriere wählen müssen (vgl. Frey 2003). Pluralität in der Ausbildung, in der wissenschaftlichen Anwendung und der Politikberatung muss nicht nur zugelassen, sondern aktiv und regulativ gefördert und sichergestellt werden¹⁹ – denn es hat sich gezeigt, dass der Wissenschaftsmarkt selbst mit schweren Marktfehlern behaftet ist und zu einer inakzeptablen und schädlichen Monokultur führt (vgl. Heise 2007).

Jede Universität verlangt von ihren Wissenschaftlern heute, sich einem ‚Kodex der wissenschaftlichen Lauterkeit‘ zu unterwerfen. In entsprechender Form müssen sich Universitäten zukünftig einem ‚Kodex der wissenschaftlichen Pluralität‘ unterwerfen, der auf der Lehr-, wie auf der Forschungsseite einen pluralen Methoden- und Paradigmenzugang gewährleistet. Dazu könnten an allen Wirtschaftsfakultäten ‚Professuren für heterodoxe Ökonomik‘ (wie z.B. an der Wirtschaftsuniversität Wien) oder aber Professuren für Wissenschaftler eingerichtet werden, die ausgewiesenermaßen Non-Mainstream-Methodologien in ihrer Forschungsarbeit verwenden und Publikationen in einschlägigen Journals bzw. mit entsprechenden ‚Journal of Economic Literature (JEL)-Klassifikationen‘²⁰ vorweisen können. Gleichmaßen müssen die Gremien der großen deutschen Wissenschafts- und Forschungsförderungsinstitutionen – zu allererst natürlich der ‚Verein für Socialpolitik‘ als inoffizielle Standesvertretung und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – plural besetzt und ein erheblicher Teil der Fördermittel explizit für heterodoxe Forschung zur Verfügung gestellt werden. Schließlich muss geprüft werden, wie sich der verständliche und vor dem Hintergrund der Krise noch akuter werdende Wunsch nach gesellschaftlicher Verantwortung der zumindest öffentlich geförderten Wirtschaftswissenschaft mit den gängigen Evaluierungs-, Ranking- und Exzellenzverfahren vereinbaren lässt, die jedenfalls in der herrschenden Praxis eindeutig ein Vehikel der ‚Mainstreamisierung‘ sind. Nur ein derartig erneuerter Wissenschaftskomplex kann seiner Verantwortung gerecht werden.

¹⁹ Bereits 1992(!) hat es einen von mehreren Nobelpreis-Trägern unterzeichneten Aufruf ‚A Plea for a Pluralistic and Rigorous Economics‘ im American Economic Review (No. 82, 1992, S. XXV) gegeben – offenbar helfen Appelle allein nicht weiter!

²⁰ Im Wesentlichen sind dies die JEL-Klassifikationen B 5, D 03, E 11, E 12; F 12, F 54, Z 0, Z 1. Vielleicht führt eine solche Aufwertung der heterodoxen Ökonomik auch zu einer besseren

Sichtbarkeit im JEL-Klassifizierungssystem, dass regelmäßig angepasst wird.

Literatur

- Arestis, P., Sawyer, M.; Financial Liberalization. Beyond Orthodox Concerns, Basingstoke 2006
- Arnoldi, J.; Alles Geld verdampft. Finanzkrise in der Weltrisikogesellschaft, Frankfurt 2009
- Asmussen, J.; Verbriefung aus Sicht des Bundesfinanzministeriums; in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 19/2006, S. 10 – 13
- Bischoff, J.; Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg 2006
- Blanchard, O.; The State of Macro; NBER Working Paper 14259, Washington 2008
- Bourdieu, P.; Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital; in: ders.; Die verborgenen Mechanismen der Macht, Hamburg 2005, S. 49 – 80
- Busch, U.; Krisenverlauf und Krisendeutung im globalen Finanzmarktkapitalismus; in: Berliner Debatte Initial, Vol. 20, Nr. 2, 2009, S. 25 – 43
- Carlin, W., Soskice, D.; Macroeconomics, Cambridge 2006
- Crockett, R.; Thinking the Unthinkable, London 1994
- Davidson, P.; Alternative Explanations of the Operation of a Capitalist Economy: Efficient Market Theory vs. Keynes's Liquidity Theory; in: Real-World Economics Review, Issue No. 50, 2009
- Dullien, S.; Die Mär vom zu billigen Geld; Vortrag gehalten auf der IMK-Tagung ‚Die Finanzmarktkrise und ihre Folgen‘, Berlin Juni 2009
- Fama, E. F.; Efficient Capital Markets: A Review of Theory and Empirical Work; in: Journal of Finance, Vol. 25, 1970, S. 383 - 417
- Feyerabend, P.; Wider den Methodenzwang, Frankfurt 1986
- Foden, D., Magnusson, L. (Hrsg.); Trade Unions and the Cardiff Process. Economic Reform in Europe, Brüssel 2002
- Frey, B.S.; Publishing as prostitution? – Choosing between one's own ideas and academic success; in: Public Choice, Vol. 116, 2003, S. 205 – 223
- Frey, B.S., Humbert, S., Schneider, F.; Was denken deutsche Ökonomen?; in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, Vol. 8. No.4, 2007, S. 359 – 377
- Fullbrook, E.; Toxic Textbooks; in: Reardon, J. (Hrsg.); The Handbook of Pluralist Economics

- Education, London/New York 2009, S.
- Galbraith, J.K.; Baisse, Frankfurt 1990
- Heise, A.; Die Zukunft kapitalistischer Ökonomien zwischen Zusammenbruchspessimismus und Casino-Mentalität; in: Heise, A., Meißner, W., Tofaute, H. (Hrsg.); Marx und Keynes und die Krise der Neunziger. WSI Herbstforum 1993, Marburg 1994, S. 103 – 138
- Heise, A.; Das Ende der neoklassischen Orthodoxie? Oder: Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte; in: Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 87, H.7, 2007, pp. 442 – 449
- Keynes, J.M.; General Theory of Employment, Money and Interest, London 1936
- Keynes, J.M.; The long-term problem of full employment; in: Moggridge, D. (Hrsg.); The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. 27, London 1980, S. 320ff.
- Kindleberger, C.P., Aliber, R.; Maniacs, Panics, and Crashes. A History of Financial Crises, Hoboken (NJ) 2005
- Knight, F.H.; Risk, Uncertainty and Profit, Boston/New York 1921
- Krugman, P.; How did Economists get it so wrong?; in: New York Times Magazine v. 02.09.2009, S. MM36
- Lawson, T.; Contemporary economics and the crisis; in: Real-World Economics Review, Issue No. 50, 2009, S. 122 – 131
- Lohmann, G.; Was wir sollen und was wir wollen dürfen. Zur Verantwortung in Wissenschaft und Technik; in: Magdeburger Wissenschaftsjournal, Nr. 1/1997, S. 3 - 9
- Lucas, R. E. jr.; The Death of Keynesian Economics; in: Issues and Ideas, Winter 1980 (University of Chicago), S. 18 - 19
- Lucas, R. E. jr.; Macroeconomic priorities; in: American Economic Review, Vol. 93, No.1, 2003, S. 1 – 14
- MacKenzie, D.; The big, bad wolf, and the rational markets. Portfolio insurance, the 1987 crash and the performativity of economics; in: Economy and Society, Vol. 33, No.3, 2004, S. 303 – 334
- Minsky, H.P.; Stabilizing an Unstable Economy, New Haven/London 1986
- Priddat, B.P.; Volkswirtschaft als Idealversagen des Markets und der Theorien; in: Wirtschaftsdienst, H.1/2006, S. 22 - 25

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR);
Jahresgutachten 1999/2000: Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Stuttgart 1999
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR);
Jahresgutachten 2008/2009: Die Finanzkrise meister – Wachstumskräfte stärken,
Stuttgart 2008
- Schredelseker, K.; Grundlagen der Finanzwirtschaft, München 2002
- Schulmeister, S.; Der Finanzkapitalismus, die Wachstumskrise und das europäische Modell;
in: Hein, E., Heise, A., Truger, E. (Hrsg.); Finanzpolitik in der Krise, Marburg 2004, S.
23 – 70
- Silber, W.L.; The Process of Financial Innovation; in: American Economic Review, Vol. 73,
No.2, Papers and Proceedings, 1983, S. 89 – 95
- Sinn, H.-W.; Ist Deutschland noch zu retten?, Berlin 2005
- Sinn, H.-W.; Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam und was jetzt zu tun ist,
Düsseldorf 2009
- Stiglitz, J.; Worauf es ankommt. Ein Jahr nach dem Banken-Crash; in: Blätter für deutsche
und internationale Politik, 9/2009, S. 43 - 57
- Strange, S.; Casino Capitalism, Manchester 1987
- Tavakoli, J.M.; Credit Derivatives and Synthetic Structures, New York 2001
- Tavakoli, J.M.; Collateralized Debt and Obligations and Structured Finance. New
Developments in Cash and Securitization, New York 2003
- Windolf, P.(Hrsg.); Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von
Produktionsregimen; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,
Sonderheft 45, Wiesbaden 2005
- Windolf, P.; Zehn Thesen zur Finanzmarkt-Krise; in: Leviathan, Jg. 37, 2009, S. 187 - 196
- Yellen, J.L., Akerlof, G.A.; Stabilization Policy: A Reconsideration; in: Economic Inquiry, Vol.
44, No. 1, 2006, S. 1 - 22

Bisher erschienene Arbeitspapiere

No. 1 Arne Heise: EMU, Coordinanted Macroeconomic Policies and a Boost to Employment in the European Union, September 2002

Nr. 2 Arne Heise: Makroökonomisches Economic Governance: Makro-Dialoge auf nationaler und EU-Ebene, Februar 2002

Nr. 3 Arne Heise: Das Ende der Sozialdemokratie? Konstruktiv-kritische Anmerkungen zu einer dramatischen Entwicklung, Mai 2003

Nr. 4 Arne Heise: Optimale Verschuldung, Konsolidierungstrajektorien und Makroeffekte, Oktober 2003

Nr. 5 Arne Heise: Polit-ökonomische Betrachtung zur Sozialdemokratie. Die Wirtschaftspolitik der ‚Neuen Mitte‘ im Lichte von Public Choice- und Agenda-Theorie, November 2003

Nr. 6 Arvid Kaiser: Finanzielle Selbstbeteiligung in der Gesundheitsversorgung, Dezember 2003

Nr. 7 Arne Heise: Deutsche Finanzpolitik zwischen Wachstum und Konsolidierung, März 2004

Nr. 8 Leonhard Hajen: Steuerung über Preise erfordert Stewardship, April 2004

Nr. 9 Wulf Damkowski/ Anke Rösener: Good Governance auf der lokalen Ebene, Juni 2004

Nr. 10 Anke Rösner/ Wulf Damkowski: Gender Controlling in der Kommunalverwaltung, Juni 2004

No. 11 Arne Heise: The Economic Policies of German ‚Third Wayism‘ in the Light of Agenda Theory, October 2004

Nr. 12 Sybille Raasch: Antidiskriminierungsgesetze: Zum Umsetzungsstand der neuen EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in Deutschland, Dezember 2004

Nr. 13 Leonhard Hajen: Präventionsgesetz im Interessenkonflikt zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, Dezember 2004

No. 14 Arne Heise: Limitations to Keynesian Demand Management through monetary policy – whither Cartesian policy control, December 2004

Nr. 15 Norman Paech: Die europäische Verfassung – Ein Schritt zur Demokratisierung der EU?, April 2005

No. 16 Arne Heise: Political Economy of Meritocracy, July 2005

Nr. 17 Arne Heise: Konzentration auf das Kerngeschäft – Anforderungen an eine erneuerte sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, November 2005

No. 18 Arne Heise: Market constellations and macroeconomic policy-making: institutional impacts on economic performance, February 2006

Nr. 19 Arne Heise: Keynesianismus, Sozialdemokratie und die Determinanten eines Regierungs- und Politikwechsels. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 im Lichte der Agenda-Theorie, August 2006

Nr. 20 Harry Friebel: Wähler-Macht der geburtenstarken Jahrgänge, Oktober 2006

Nr. 21 Arne Heise: Das Ende der neoklassischen Orthodoxie? Wieso ein methodischer Pluralismus gut täte, März 2007

No. 22 Arne Heise: How to create a growth-oriented market constellation for South Africa, March 2007

Nr. 23 Toralf Pusch: Verteilungskampf und geldpolitische Sanktion, April 2007

No.24 Ruth Hoekstra, Cécile Horstmann, Juliane Knabl, Derek Kruse, Sarah Wiedemann: Germanizing Europe? The Evolution of the European Stability and Growth Pact, May 2007

Nr. 25 Holger Brecht-Heitzmann: Das EU-Grünbuch zum Arbeitsrecht. ‚Flexicurity‘ als Patentrezept für das Arbeitsrecht in der Europäischen Union?, Mai 2007

Nr. 26 Martina Kliewe: Die Entwicklung der Corporate Finance Strukturen deutscher Unternehmen und deren Auswirkungen auf die Arbeitsbeziehungen. Juli 2007

Nr. 27 Arne Heise: Erlebt Deutschland ein neues Wirtschaftswunder? Betrachtungen auf Grundlage der postkeynesianischen Marktkonstellationsforschung, Januar 2008

Nr. 28 Arne Heise: A Post Keynesian Theory of Economic Policy – Filling a Void, March 2008

Nr. 29 Toralf Pusch: EZB contra Gewerkschaften? Mit Reputationsaufbau zur Vollbeschäftigung in Europa? März 2008

Nr. 30 Burak Öztoprak: Ausgestaltung der zukünftigen Hochschulfinanzierung unter allokativen und distributiven Gesichtspunkten

Nr. 31 Arne Heise/Toralf Pusch: Central Banks, Trade Union and Reputation – Is there Room for an expansionist manoeuvre in the EU?, September 2008